



for a living planet®

REDD – Waldschutz ist Klimaschutz

WWF-Forderungen zur Bundestagswahl 2009

Waldschutz ist Klimaschutz – für ein UN-Klimaabkommen zum Stopp der Entwaldungen

Vorschlag für eine Vereinbarung im Koalitionsvertrag der künftigen Bundesregierung:

Um die Kohlendioxidemissionen aus der weltweiten Waldvernichtung zu stoppen, werden wir uns in den UN-Klimaverhandlungen in Kopenhagen für die zügige Etablierung eines soliden und fairen Mechanismus' (so genannter REDD-Prozess) einsetzen, der dieses Ziel erreichen kann. Dieser muss an starke Verpflichtungen zur Emissionsreduzierung in den Industrieländern gekoppelt sein, den Schutz der Biodiversität und die Rechte indigener Bevölkerungsgruppen ausreichend berücksichtigen und durch substantielle finanzielle Zusagen der Industrieländer ermöglicht werden. Die Bundesregierung wird diesen Prozeß mit eigenen ambitionierten Reduktionszielen und Finanzierungszusagen, die deutlich über die bisherigen hinausgehen, maßgeblich unterstützen.

Worum geht es?

Die jährliche globale Waldvernichtung wird von der Welternährungsorganisation FAO auf 13 Millionen Hektar geschätzt¹ und trägt so zu rund 20 Prozent der jährlichen globalen Kohlendioxidemissionen (CO₂) bei. Damit ist sie einer der Hauptverursacher des durch den Menschen verursachten Klimawandels. Brasilien und Indonesien liegen zum Beispiel mit ihren Emissionen aus der Entwaldung insgesamt an dritter und vierter Stelle der Länder mit den höchsten Kohlendioxid-Emissionen.

Effektiver Regenwaldschutz ist nicht nur für das Klima entscheidend, sondern auch für die biologische Vielfalt und für rund 1,6 Milliarden im und vom Wald lebenden Menschen. Wälder sind außerdem Umweltdienstleister, die der Menschheit vielfältige ökologische Funktionen zur Verfügung stellen, wie zum Beispiel durch ihre Funktion als Kohlenstoffspeicher, ihre ausgleichende überregionale Klimawirkung (Kühlungseffekt, Regenbildung), die Abmilderung extremer Wetterereignisse, die Speicherung von Wasser, den Erosionsschutz und die Bewahrung der genetischen Vielfalt.

Im Dezember 2007 haben die Vereinten Nationen auf ihrer großen internationalen Klimaschutzkonferenz in Bali beschlossen, unter dem Kürzel REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation) ab 2012 einen Mechanismus zur Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und Waldschädigung in den Entwicklungsländern einzuführen. Dadurch wären die Industrieländer verpflichtet, die entsprechenden Milliardenbeträge zur Verfügung zustellen, die benötigt werden, um die Entwaldung in den Entwicklungsländern zu bremsen. Schätzungen zufolge sind 20 bis 33 Milliarden US-Dollar pro Jahr notwendig, um die gegenwärtigen Emissionen aus Waldvernichtung zu halbieren². Deutschland, Europa und die internationale Gemeinschaft haben nun die Möglichkeit, Waldschutz zu einem zentralen Element des künftigen Weltklima-Abkommens zu machen, das im Dezember 2009 in Kopenhagen verabschiedet wird.

¹ für den Zeitraum von 1990 bis 2005: FAO 2005: Forest Resources Assessment.

<http://www.fao.org/docrep/008/a0400e/a0400e00.htm>

² Stern, 2008, *Key Elements of a Global Deal on Climate Change*; Strassburg et al, 2008, *An Empirically-Derived Mechanism of Combined Incentives to Reduce Emissions from Deforestation*; UNFCCC, 2007, *Investment and Financial Flows to Address Climate change*



Wichtige Eckpfeiler eines funktionierenden REDD-Systems innerhalb eines neuen UN-Klimaabkommens:

- Die Industrieländer müssen sich zu anspruchsvollen Emissionsreduktionszielen im eigenen Land verpflichten, während die Entwicklungsländer ihrerseits eine signifikante Unterschreitung ihrer bisher prognostizierten Emissionsentwicklung erreichen müssen.
- Ein **Finanzmechanismus** zur Unterstützung von Entwicklungsländern soll sie für die Reduzierung ihrer Entwaldungsraten belohnen. Diese Reduzierungen müssen messbar und berichtspflichtig sein – zum Beispiel an ein Gremium der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) – und verifizierbare Minderungen von Emissionen erbringen. Zur Ausgestaltung eines solchen Mechanismus schlägt der WWF ein Drei-Stufen-System vor: In Stufe eins planen die Entwicklungsländer ihre nationalen Rahmen für REDD und legen verbindliche Ziele fest. In Stufe zwei werden die entsprechenden technischen und fachlichen Kapazitäten aufgebaut – finanziert von den Industrieländern durch Fonds. Diese finanzielle Unterstützung muss für die Nehmerländer planbar sein, und sie muss möglichst schnell bereitgestellt und eingesetzt werden. Hat ein Land die entsprechenden Bedingungen erfüllt, ist es berechtigt, in die jeweils nächste Phase einzutreten. Dies soll durch klar gesetzte, transparente internationale Standards erfolgen, deren Überwachung einem dem Weltklimarat (IPCC) angeschlossenen Gremium unterliegen sollte. In Phase drei haben die Maßnahmen in einem Entwicklungsland idealer Weise die Reife erreicht, die es im Erfolgsfall dazu berechtigen, Emissionszertifikate zu verkaufen. Parallel zum Aufbau der nationalen REDD Systeme finden bereits Maßnahmen zum Waldschutz statt, die später in einem funktionierenden System Anrechnung finden können.
- Was im Kern der Vermeidung von Entwaldung dient, muss gleichzeitig den Erhalt der Artenvielfalt, die Berücksichtigung der Rechte indigener Gemeinschaften, die Armutsminderung durch nachhaltige ländliche Entwicklung, ein verbessertes Naturreisourcenmanagement und die Anpassung an den Klimawandel gewährleisten. Dazu bedarf es der Festlegung nationaler Entwaldungsszenarien, der Stärkung von Institutionen, der Überwachung der Entwaldung und der Gestaltung eines funktionierenden Systems zum Transfer der Geldmittel, damit diese auch in fairer Weise die indigenen Gemeinschaften und andere im und vom Wald lebenden Menschen erreichen.
- Ein zukünftiges Klimaabkommen nach 2012 sollte sich in Bezug auf die Landnutzung zunächst auf den **Stopp von Entwaldung** und Walddegradierung (REDD) konzentrieren, da hierdurch die größte Klimaschutzwirkung erzielt werden könnte. Mittelfristig müssen weitere landbezogene Emissionsquellen und Kohlenstoffspeicher identifiziert und in die Berechnungen einbezogen werden.

Forderungen des WWF Deutschland

Wir fordern daher von der neuen Bundesregierung,

- dass sie sich in den internationalen Klimaverhandlungen und im Rahmen der EU verstärkt für den Aufbau eines funktionierenden REDD-Mechanismus einsetzt;
- dass sie die Regierungen der Entwicklungsländer beim Kapazitätsaufbau und der Erstellung von nationalen Aktionsplänen für REDD durch verstärkte technische und finanzielle Zusammenarbeit massiv unterstützt – zusätzlich zu den bereits gemachten Zusagen;
- dass sie sich dafür einsetzt, dass substanzielle Finanzierungszusagen an Entwicklungsländer für den Aufbau von REDD bereits Bestandteil des neuen UN-Klimaabkommens sind, das im Dezember 2009 in Kopenhagen beschlossen wird, und dass diese Finanzierungen schon ab 2010 verwirklicht werden – bei gleichzeitiger Zusage der Entwicklungsländer, die Waldvernichtung zu stoppen.
- dass sie alle Erlöse aus der Versteigerung von Emissionsrechten für den nationalen und internationalen Klimaschutz einsetzt und sich dazu verpflichtet, einen maßgeblichen Anteil der internationalen Gelder für die Erhaltung von Wäldern bereitstellt.